



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. MÄRZ 2026

Rede(n) zur Lage der Nation

Ministerpräsident Viktor Orbán hat bei seiner 27. Rede zur Lage der Nation im Budapester Burggartenbasar das Jahr 2026 als „Jahr der Rechten“ ausgerufen. Die anstehenden Parlamentswahlen seien „schicksalhaft“ – sie würden über den Triumph der Familienpolitik, der Konservativen, der Fidesz und Ungarns entscheiden. Orbán hob in seinen Ausführungen die Wichtigkeit der nationalen Souveränität hervor. Nur ein unabhängiger Staat könne eine eigenständige Außenpolitik betreiben. Er kritisierte die Rolle der USA unter Joe Biden im Ukraine-Krieg und verwies zugleich auf die Rückkehr von Donald Trump, mit der Ungarn „auf der richtigen Seite der Geschichte“ stehe. Europa hingegen drohe, sich politisch und wirtschaftlich in eine Sackgasse zu manövrieren. Die Vereinigten Staaten hätten unter Präsident Joe Biden nahezu alle europäischen Länder – mit Ausnahme Ungarns – in den russisch-ukrainischen Krieg hineingedrängt. Nachdem jedoch Donald Trump die USA aus dem Konflikt herausgeführt habe, sei Europa erst recht darin stecken geblieben. Der Ministerpräsident erinnerte an seine Rede vor einem Jahr am selben Ort: Damals habe er im Zusammenhang mit Trumps Rückkehr ins Weiße Haus prognostiziert, Ungarn werde auf der richtigen Seite der Geschichte stehen, während die vom Krieg getriebenen Europäer in eine schmutzige Seitengasse geraten würden. Mit Blick auf die Energiepolitik zeichnete der Premier ein düsteres Bild. Hohe Energiepreise und Überregulierung schwächten die Wettbewerbsfähigkeit. Ungarn dagegen habe 2025 Vereinbarungen mit den Amerikanern, den Russen und den Türken getroffen, wonach man sich auch künftig auf das preiswerte russische Öl und Gas stützen kann. Das Kernkraftwerk Paks II garantiere ausreichend Strom für eine datenbasierte Zukunft – zu Preisen deutlich unter EU-Niveau. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen erklärte Orbán, man wolle nach den Wahlen das „globale Netzwerk der Linksliberalen“ und „Agenten Brüssels“ aus Politik und Medien verdrängen. Er sprach von EU-finanzierten NGOs, gekauften „Journalisten“ und Einflussnahme auf soziale Plattformen. Er erinnerte an den Bericht des US-Kongresses, der die Druckausübung der EU-Kommission auf Plattformen der sog. sozialen Medien und Wahlbeeinflussung in mindestens acht Fällen anprangerte. Kritik an Brüssel komme inzwischen „nicht aus Moskau, sondern aus Washington“. Orbán verteidigte die Bilanz seiner Regierung. Seit 15 Jahren baue man ein „familienfreundliches Ungarn“ auf. Eine halbe Million Mütter seien bereits lebenslang von der Einkommensteuer befreit, bis 2029 soll ihre Zahl verdoppelt werden. Auch Mindestloohnerhöhungen, eine 14. Monatsrente und das zinsgünstige Wohnbauprogramm „Otthon Start“ seien Belege für eine Politik zugunsten der Bürger. Im Kampf gegen Drogenkriminalität verwies er auf zehntausende Verfahren und beschlagnahmte Vermögenswerte in Milliardenhöhe. Langfristig strebe er fünf Millionen Beschäftigte und deutlich höhere Durchschnittslöhne an. Einen Regierungswechsel bezeichnete Orbán als reale Gefahr. Multinationale Konzerne wie Shell oder Erste Bank würden von Krieg

und Sanktionen profitieren und hätten Interesse an einem Machtwechsel in Budapest. So hätte Shell am Krieg und den Sanktionen gegen Russland 10 Mrd. Dollar verdient. Die ungarische Regierung hingegen habe seit 2010 Milliarden aus Banken-, Energie- und Handelssektor zugunsten der Familien umverteilt. In der Ukraine-Frage bekräftigte der Ministerpräsident seine ablehnende Haltung. Während viele EU-Staaten auf Aufrüstung setzten, werde Ungarn „niemals zulassen“, Waffen, Geld oder Soldaten in den Krieg zu schicken. Die Ukraine sei ein Fass ohne Boden, in das die EU schon bislang 200 Mrd. Euro investiert habe. „Heute fordert Kiew alles in allem weitere 1.500 Mrd. Dollar, ohne dass irgendjemand die simpelste Frage beantworten kann, wie man denn bitte eine Atommacht auf dem Schlachtfeld besiegen will?!“ „Wir sagen Nein, Nein und nochmals Nein!“ Mit Verweis auf historische Erfahrungen warnte er davor, ungarische Interessen fremden Mächten zu opfern. Orbáns Kernbotschaft: 2026 gehe es nicht nur um eine Wahl, sondern um die Verteidigung nationaler Unabhängigkeit, wirtschaftlicher Stabilität und einer konservativen Gesellschaftsordnung.

Einen Tag darauf veranstaltete auch die größte Oppositionspartei ihre Konferenz zur Analyse der „Lage der Nation“. Parteivorsitzender Péter Magyar stellte dabei klar, dass Ungarn seinen festen Platz in Europa habe. Das Land brauche eine verantwortungsbewusste Regierung. Wer konstruktiv Politik gestalten wolle, dürfe Andersdenkende nicht ausgrenzen. „Ich sage es langsam, damit es jeder versteht: Nach dem mit dem 12. April möglichen Regierungswechsel wird niemand mehr Ungarn regieren, der die Opposition als Verräter abstempelt“, so der Tisza-Vorsitzende. Im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes kündigte er ein „nach oben offenes Budget“ an. Für das Gesundheitswesen stellte er jährlich zusätzliche 500 Milliarden Forint in Aussicht. Die eingefrorenen EU-Mittel wolle die Tisza rasch abrufen – auch durch einen Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO). Darüber hinaus versprach Magyar unter anderem Verbesserungen für Rentner und junge Mütter sowie umfangreiche Investitionen in eine moderne Bahn- und Straßeninfrastruktur. Auch die Autonomie der Städte und Gemeinden solle wiederhergestellt werden. Viele junge Menschen hätten das Land verlassen, zahlreiche ungarische Kinder würden inzwischen im Ausland geboren. „Genosse Ministerpräsident, Sie brauchen die Jugend nicht zu bedrohen und auch nicht für blöd zu halten“, sagte Magyar. Er rief zu einer hohen Wahlbeteiligung auf, da jede Stimme entscheidend sein könne. Eine Regierung der Tisza-Partei würde am Grenzzaun zu Serbien festhalten, den EU-Migrationspakt ablehnen und konsequent gegen illegale Migration vorgehen. „Das habe ich bei meinen Gesprächen am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz einem Dutzend Staats- und Regierungschefs, darunter dem deutschen Bundeskanzler, ebenso gesagt wie unseren Standpunkt zur Ukraine, einen EU-Beitritt außer der Reihe abzulehnen.“ Magyar schlug daher Debatten auf höchster Ebene zwischen ihm und dem amtierenden Regierungschef sowie in allen Wahlkreisen zwischen den Kandidaten von Tisza und Fidesz vor. Seinen Mitstreitern und Unterstützern riet er erneut, keine Angst zu haben: „Nichts ist für die Ewigkeit, auch in 150 Jahren wurden wir Ungarn nicht zu Osmanen.“

US-Außenminister Rubio bekräftigt „Goldenes Zeitalter“

Ein hochrangiger Besuch, symbolträchtige Bilder und die in einer „herzlich und freundschaftlichen Atmosphäre“ geführten Verhandlungen haben die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Ungarn erneut in den Fokus gerückt. Der Besuch des US-Außenministers Marco Rubio in Ungarn, unmittelbar nach der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2026, war von positiven Worten und gegenseitigen Versprechen der Unterstützung geprägt. Besonders in Hinsicht auf die Energieversorgung, den Ukrainekrieg und das Wirtschaftswachstum ging es um eine engere Kooperation. Sowohl Orbán als auch Rubio betonten, dass die Beziehung der beiden Länder in ein „Goldenes Zeitalter“ eingetreten sei. Orbáns „starke Führung in Europa“ und sein gutes Verhältnis zu dem US-Präsidenten Donald Trump ermöglichten wirtschaftliche Perspektiven, die nun auch immer mehr amerikanische Firmen anzögen, bestätigte der Außenminister. Der Besuch beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Austausch diplomatischer Höflichkeiten.

Im Bereich der Energieversorgung betonte Rubio nachdrücklich die strategische Bedeutung einer verringerten Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, bekräftigte jedoch gleichzeitig die von den Vereinigten Staaten ausgesprochene Ausnahme Ungarns von den US-Sanktionen gegen russische Energieträger. Orbán wiederum hob hervor, dass Ungarn Energiesicherheit als nationale Priorität betrachte und offen für neue Investitionen und Kooperationen sei, sofern diese wirtschaftlich tragfähig seien. Beide Seiten signalisierten Bereitschaft, gemeinsame Projekte – insbesondere im Bereich alternativer Energiequellen und Infrastruktur – zu prüfen und den Dialog auf Ministerebene zu intensivieren. Auch der angekündigte „finanzielle Schutzschirm“ durch die Amerikaner kam zur Sprache, und es wurde bestätigt, dass die Verhandlungen laufen. Bei der Vereinbarung handelt es sich um eine finanzielle Garantieübernahme zur Stärkung der Wirtschaftsstabilität und zum Schutz des Forint gegen spekulative Angriffe. Im Detail funktioniert der Mechanismus, indem die US-Zentralbank (Fed) der Ungarischen Nationalbank (MNB) Devisen- oder Dollar-Swap-Fazilitäten zur Verfügung stellt, sodass die MNB bei Bedarf schnell auf Dollar-Liquidität zurückgreifen kann, ohne dass sofortige Geldflüsse erfolgen müssen. Ein weiterer zentraler Punkt der Gespräche war die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der NATO. Rubio unterstrich die Bedeutung einer geschlossenen westlichen Linie gegenüber Russland und warb für eine weiterhin verlässliche Unterstützung der Ukraine. Orbán bekräftigte seine bekannte Position, dass Ungarn Frieden und Verhandlungen priorisiere, vermied jedoch eine offene Konfrontation mit der amerikanischen Linie. Auch im Thema Innenpolitik spielte der Besuch eine wichtige Rolle. Orbán erhofft sich durch die Demonstration guter US-ungarischer Beziehungen einen Schub für die Parlamentswahl am 12. April, da die Ehre eines bilateralen Besuchs des amerikanischen Außenministers neben Ungarn nur der Slowakei zuteilwurde. Außenpolitisch konnte Orbán mit der Sanktionsausnahme, dem finanziellen Schutzschirm und weiteren Kooperationsvereinbarungen zudem mehrere außenpolitische Erfolge verzeichnen. Rubio verdeutlichte in seiner Rede, dass das derzeitige innige Verhältnis zwischen den beiden Staaten in erster Linie auf die persönliche Freundschaft zwischen dem US-Präsidenten und dem ungarischen Ministerpräsidenten zurückzuführen sei.

Strategische Partnerschaft mit Peking: Außenminister Wang Yi in Budapest

Nach dem US-Außenminister Marco Rubio besuchte auch der chinesische Außenminister Wang Yi die ungarische Hauptstadt. Der Besuch des chinesischen Außenministers in Ungarn

und das Treffen mit Viktor Orbán und seinem Amtskollegen Péter Szijjártó waren von großer politischer Symbolik. Nicht nur war dies bereits das 24. Mal, dass sich die beiden Außenminister in den letzten elf Jahren getroffen haben, sondern es markierte auch Wang Yis Europa-Debüt im Jahr 2026. Dies gilt als deutliches Signal Pekings, dass Ungarn innerhalb der diplomatischen Agenda der chinesischen Außenpolitik einen besonderen Stellenwert einnimmt. Bei den Gesprächen mit Szijjártó ging es um die Vertiefung der bilateralen Beziehungen, besonders im wirtschaftlichen Bereich. China gilt der ungarischen Regierung zufolge als verlässlicher Partner, der nicht nur Kapital, sondern auch moderne Technologie ins Land bringt und Beschäftigung schafft, während europäische Partner von „Krise zu Krise“ ziehen. Außerdem betonte Szijjártó, dass Ungarn im vergangenen Jahr erneut die meisten chinesischen Investitionen in ganz Europa erhalten habe. Parallel zu diesem Besuch erklärte Premierminister Orbán, dass China „entscheidend zum wirtschaftlichen Erfolg Ungarns beitragen“ könne. Damit wiederholte er eine Kernbotschaft seiner Außenpolitik: Ungarn sei offen für Partner jenseits Europas und Nordamerikas und insbesondere chinesische Investitionen könnten helfen, das Wirtschaftswachstum im Land zu stärken. In seinen Aussagen wurde deutlich, dass die ungarische Regierung China als langfristigen strategischen Handelspartner betrachtet. Während viele EU-Staaten ihre Abhängigkeiten von autoritären Staaten reduzieren wollen und daher auch gegenüber Peking zunehmend vorsichtiger auftreten, verfolgt Ungarn weiterhin eine Strategie der „Öffnung nach Osten“. Ungarn positioniert sich damit bewusst als Brückenstaat zwischen China und der Europäischen Union.

Tisza stellt Programm vor

Am 7. Februar 2026 stellte Tisza ihr offizielles Programm mit dem Titel „Die Grundlagen eines funktionierenden und menschlichen Ungarns“ vor. Auf 240 Seiten verspricht die Partei wirtschaftliches Wachstum, eine gerechtere Besteuerung, die Sanierung des Gesundheits- und Bildungswesens sowie die „Rückgewinnung gestohlener öffentlicher Vermögenswerte“. Die Liste der Versprechen ist lang, doch im Bereich der juristischen Umsetzbarkeit oder einer etwaigen Gegenfinanzierung bleibt das Programm wenig ergiebig. Bei genauerer Betrachtung wirft es daher zahlreiche Fragen auf. Zugespitzt lässt es sich folgendermaßen zusammenfassen: Alle Maßnahmen der amtierenden Fidesz-Regierung werden entweder beibehalten oder signifikant ausgebaut. So soll beispielsweise die Einkommensteuerbelastung für knapp 2,5 Millionen ungarische Arbeitnehmer von derzeit 15 auf 9 Prozent gesenkt, die Sozialleistungen massiv ausgebaut und die Gehälter für alle Beschäftigten bei der Polizei sowie im Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungswesen und im Sozial-, Sport- und Kulturbereich sofort um 25 Prozent erhöht werden. Die Verteidigungsausgaben sollen auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Das Durchschnittsalter des Fuhrparks der ungarischen Eisenbahn soll binnen zehn Jahren halbiert, die Ausgaben für die Instandhaltung der Straßen verdoppelt und die Lebenserwartung bis 2035 auf 80 Jahre erhöht werden. Zudem soll künftig jede Region über ein eigenes „Superkrankenhaus“ verfügen, das Gesundheitswesen jährlich mindestens 500 Milliarden Forint (1,32 Mrd. Euro) zusätzlich erhalten und jedes Dorf 100 Millionen Forint (265.000 Euro) an zusätzlichen jährlichen Fördermitteln zur freien Verfügung gestellt bekommen. Gleichzeitig sollen das Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent gesenkt und die Staatsverschuldung abgebaut werden. Dem Programm zufolge sollen diese Ausgaben durch die Bekämpfung der Korruption, die „Einstellung der Propagandaausgaben“, die Inanspruchnahme von EU-Mitteln, zusätzliche Einnahmen aus dem erhofften Wirtschaftswachstum sowie eine einprozentige Vermögensteuer für Milliardäre gedeckt

werden. Innenpolitisch verspricht Tisza die Einrichtung einer „Nationalen Behörde für Vermögensrückgewinnung und -schutz“ und kündigt eine rückwirkende Vermögensprüfung aller Politiker sowie deren Angehörigen für die vergangenen 20 Jahre an. Experten meldeten jedoch erhebliche Zweifel an der juristischen Umsetzbarkeit sowie der Tragfähigkeit dieser Gegenfinanzierung an. Zudem wäre auch Magyar selbst, gegen den Vorwürfe des Insiderhandels im Raum stehen, als Ex-Ehemann der ehemaligen Fidesz-Justizministerin von dieser rückwirkenden Vermögensprüfung betroffen. Außenpolitisch sollen der EU-Beitritt der Ukraine verhindert, die EU-Flüchtlingsquote weiterhin abgelehnt und die Praxis der Gastarbeit eingestellt werden. Es bleibt abzuwarten, ob das Programm und der Ton Magyars bei seiner überwiegend linksliberalen Wählerschaft Anklang finden.

Ein Bild, ein Geständnis, ein Skandal

Ein einziges Schwarz-Weiß-Foto, ein „Coming soon“-Schriftzug und der Name eines bekannten Oppositionspolitikers – mehr brauchte es nicht, um die politische Debatte in Ungarn innerhalb weniger Tage zu entfachen. Um die anonyme Webseite „radnaimark.hu“ ranken sich seitdem politische Anschuldigungen, Erpressungsvorwürfe und Kommunikationsschlachten. Der Namensgeber – Márk Radnai – ist Vizepräsident der Tisza-Partei und einer der engsten Mitarbeiter und Vertrauten von Péter Magyar. Die Webseite zeigt lediglich ein leeres Zimmer mit einem zerwühlten Bett. Radnai betonte, das Zimmer nicht zu kennen. Kurz darauf und noch bevor irgendwelche weiteren Informationen ans Licht kamen, veröffentlichte der Vorsitzende der Tisza-Partei eine [Mitteilung auf seiner Social-Media-Seite](#). In der Mitteilung erklärte der Vorsitzende der Tisza-Partei, Péter Magyar, dass seine Partei Tisza am 2. August 2024 eine „Sommerparty“ für ihre Unterstützer organisiert habe, an der auch er teilgenommen habe. Am Ende der Veranstaltung soll ihn seine damalige Ex-Freundin Evelin Vogel „in die Wohnung einer ebenfalls anwesenden Person, zu einer Hausparty mitgenommen haben“. Magyars Angaben zufolge kamen sie gegen 5 Uhr morgens in der Wohnung an, wo sich mehrere ihm unbekannte Personen aufgehalten haben sollen. Dem Bericht zufolge befanden sich in der Nähe des Eingangs der Wohnung auf einem Tisch Alkohol und „drogenähnliche Substanzen“. Magyar selbst betonte jedoch, dass er selbstverständlich keine Drogen konsumiert habe, sondern sich „habe verführen lassen“ und an einem „invernehmlichen sexuellen Akt“ teilgenommen habe. Die Wohnung hätten sie anschließend gemeinsam am nächsten Tag gegen 12 Uhr verlassen, um gemeinsam Mittag zu essen. Péter Magyar behauptet, dass ihm im Nachhinein aufgrund des Verhaltens von Evelin Vogel und der zunehmenden Erpressung klar wurde, dass er in eine „klassische russische Kompromat-Falle“ getappt war. Vogel betonte wiederum, dass sie Magyar nicht zu der Hausparty eingeladen hätte, und wies auch die Anschuldigungen, mit dem Geheimdienst an seiner Diskreditierung gearbeitet zu haben, zurück. Die Behauptungen Magyars bezüglich des Geheimdiensthintergrunds, der Manipulation und der Beteiligung bestimmter politischer Akteure konnten bisher nicht unabhängig bestätigt werden. Auf dem Foto, das zu dem von Magyar angegebenen Zeitpunkt in dem von ihm genutzten Zimmer aufgenommen wurde, scheinen auf dem Nachttisch neben dem zerwühlten Bett jedoch vermutlich Drogen zu sehen zu sein. Die Ausführungen Magyars weisen zudem mehrere Ungereimtheiten auf. Zum einen betont er, dass ihm schnell klar geworden sei, dass ihn Vogel hinters Licht geführt habe, zum anderen gesteht er, dass sie anschließend gemeinsam zu Mittag gegessen hätten. Zudem führt Magyar aus, dass er weder den Inhaber der Wohnung noch irgendeine der anwesenden Personen gekannt habe.

Gleichzeitig gesteht er jedoch, dass er und Vogel die Letzten gewesen seien, die die Wohnung verlassen hätten.

Die privaten Eskapaden des Parteichefs hatten die Partei bereits in der Vergangenheit immer wieder belastet. Bereits am 21. Juni 2024 ereignete sich ein Zwischenfall im Budapester Club „Ötkert“, bei dem laut Zeugenaussagen Magyar mehrere minderjährige Mädchen, darunter die Tochter eines Zeugen, belästigt haben und daraufhin in einen Streit mit dem Vater geraten sein soll. Einer anderen Person, die begann, Magyar zu filmen, entwendete dieser das Telefon und warf es anschließend in die Donau. Nach dem „Ötkert-Skandal“ gelobte Magyar Besserung und versprach, darauf zu achten, dass sein „Lebensstil zukünftig nicht angreifbar“ sei. Dieser Vorsatz schien jedoch nicht lange gehalten zu haben, denn die vermeintliche „Drogenparty“ erfolgte nur knapp 1,5 Monate später. Die Frage, die nun am dringlichsten scheint, ist, ob es für die Opposition akzeptabel ist, dass ihr Vorsitzender in einen etwaigen Drogen- und „Sexvideo“-Skandal verwickelt ist.

Vorwürfe der Vertuschung am Samsung-Werk in Göd

Anfang Februar 2026 veröffentlichte das ungarische Medium Telex einen Artikel über vermeintliche Schadstoffbelastungen am Samsung-Werk in Göd und erhob in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe gegen mehrere Regierungsmitglieder. Im Zentrum des Artikels steht die Behauptung, dass einige Mitarbeiter des Werks über einen längeren Zeitraum wiederholt starken Schadstoffbelastungen ausgesetzt gewesen sein sollen – teilweise in Konzentrationen, die laut dem Bericht das bis zu Hundertfache der erlaubten Grenzwerte erreicht haben sollen. Diese Berichte sind dabei nicht neu. Bereits 2022 berichtete das Investigativportal „Atlatszo“, dass es zu Verstößen im Werk gekommen sei und Samsung mehrfach gerügt sowie zu Strafzahlungen verpflichtet worden sei.

Nach Darstellung von Telex verhängten die Behörden zwar mehrfach Geldstrafen, doch seien diese nicht hoch genug gewesen, damit Samsung die Probleme angehe. Telex zufolge habe das Unternehmen manche Missstände zudem zu vertuschen versucht. Nach Darstellung von Telex sei die Angelegenheit im Jahr 2023 auf Regierungsebene gelangt. Mehrere Minister hätten die Praktiken des Werks als politisches Risiko eingeschätzt – in einer Phase, in der die öffentliche Stimmung in Ungarn zunehmend gegen Batteriefabriken umschlug. Laut Telex sei in einer Regierungssitzung darüber diskutiert worden, ob die Behörden eine deutlich härtere Sanktion verhängen sollten. Gemeint gewesen sei eine Maßnahme, die auf eine Aussetzung des Betriebs hinausgelaufen wäre, also eine behördlich erzwungene Stilllegung der Produktion für eine gewisse Zeit. Berichten zufolge hätten einige Minister eine Suspendierung oder Schließung befürwortet, andere hätten sich dagegen gestellt. Am Ende sei das Werk nicht geschlossen worden. Gleichzeitig sei die Samsung-Führung darüber informiert worden, dass die ungarische Regierung die Zustände im Werk als kritisch bewertet habe. Daraufhin habe Samsung die nötigen Investitionen vorgenommen, um die Arbeits- und Anlagensicherheit herzustellen. Konkrete Beweise dafür, dass ein derartiges Treffen stattgefunden habe oder welche Themen im Detail besprochen worden seien, lieferte Telex bisher nicht. Zudem ist weiterhin fraglich, wie Telex in den Besitz eines Sitzungsprotokolls gelangt sein könnte, da dieses der nachrichtendienstlichen Geheimhaltung unterliegen würde.

Der ungarische Minister für Außenwirtschaft und auswärtige Angelegenheiten, Péter Szijjártó, erstattete daraufhin Strafanzeige gegen Telex und den Tisza-Chef Péter Magyar wegen öffentlicher Verleumdung. Er verwies zudem auf die Stellungnahmen der angrenzenden Gemeinden Göd und Vác, die beide versicherten, dass sie keine Belastungen, beispielsweise des Grundwassers, festgestellt hätten. Dies ist für die Regierung eine willkommene Schützenhilfe, da keine der beiden Gemeinden von den Regierungsparteien geführt wird. Die Oppositionsparteien griffen das Thema kurz vor den Wahlen dennoch dankbar auf und versuchten, die Regierung mit dem Schlagwort „Budapester Tschernobyl“ unter Druck zu setzen. Die DK forderte zudem die Einleitung eines Verfahrens durch die EU-Kommission gegen das Samsung-Werk und die ungarische Regierung. Parteichefin Klára Dobrev erklärte, dass die EU nicht tatenlos zusehen dürfe, wie multinationale Unternehmen ungarische und damit EU-Bürger vergifteten und praktisch ihre Existenz zerstörten. Das zuständige Regierungsamt des Komitats Pest betonte, dass die einheitliche Umweltgenehmigung für das Samsung-Werk durch die Kurie wieder in Kraft gesetzt worden sei. Wie schon in der Vergangenheit kontrolliere das Amt den Betrieb des Unternehmens im Hinblick auf den Schutz der Mitarbeiter und der Umwelt auch künftig systematisch; Rechtsverstöße würden strengstens geahndet. Tatsächlich wurde Samsung SDI schon bislang mit Geldbußen von mehreren hundert Millionen Forint belegt. Zugleich habe die Regierung das Volumen der möglichen Bußgelder bei Überschreitungen kritischer Grenzwerte unlängst deutlich erhöht, teilweise auf das Zehnfache.

Die politischen Auseinandersetzungen um die vermeintlichen Schadstoffemissionen am Samsung-Werk in Göd werden wohl noch weiter anhalten. Ein gerichtliches Urteil bezüglich der Vorwürfe wird es vor der Wahl voraussichtlich ebenfalls nicht geben.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Ukraine stoppt Öllieferungen

Ende Januar stoppte die Ukraine die Transitlieferungen russischen Öls an die Slowakei und Ungarn. Die Ukraine macht dafür Schäden an der Pipeline in Folge eines russischen Angriffs verantwortlich. Ungarn und die Slowakei weisen diese Begründung zurück und werfen der Ukraine vor, die Wiederaufnahme der Exporte absichtlich zu verzögern. Die slowakische Regierung sah sich zudem gezwungen, den Öl-Notstand auszurufen und 250.000 Tonnen Rohöl aus der strategischen Reserve freizugeben. In Folge des Lieferstopps reagieren beziehungsweise drohen die beiden Länder mit der Einstellung eigener Strom- und Diesellieferungen an die Ukraine. Insbesondere bei den Stromlieferungen könnten sie die Ukraine empfindlich treffen. Ungarn und die Slowakei stellen im Januar 2026 63 Prozent der ukrainischen Stromimporte, bei den Diesellieferungen machten die beiden Länder knapp 10 Prozent der ukrainischen Importe aus. Zudem kündigte die ungarische Regierung an, ihre Zustimmung zum 90-Milliarden-Euro-EU-Hilfspaket, zu widerrufen. Die Zustimmung galt zuvor, nachdem Ungarn, die Slowakei und Tschechien eine Ausnahme erhalten hatten, als reine Formalie. Ungarn vermutet eine politische Motivation hinter dem Lieferstopp und sieht zudem eine potenzielle Einmischung in den Wahlkampf durch die Ukraine und westliche Länder. Durch Probleme bei der Energieversorgung wolle man die Regierung schwächen und die Opposition unterstützen. Als Indizien werden beispielsweise die Aussagen von Friedrich Merz

auf der Münchener Sicherheitskonferenz angeführt, als dieser auf eine Frage des montenegrinischen Präsidenten bezüglich des EU-Beitrittsverfahrens damit antwortete, dass es „nach den Wahlen im April“ neue Entwicklungen geben könnte. Die ungarische Regierung wandte sich in Folge des Lieferstopps an die Europäische Kommission und an Kroatien. Außenminister Peter Szijjarto forderte die Regierung in Zagreb am Montag auf, den Transport über die Adria-Pipeline zu ermöglichen. Ungarn und der Slowakei wurde vertraglich zugesichert, weiterhin russische Energieträger über die Druschba-Pipeline beziehen zu dürfen und im Falle eines Ausfalls auch auf den Seeweg zurückgreifen zu dürfen. Da es sich sowohl bei der Slowakei als auch bei Ungarn um Binnenländer handelt, sind sie dabei auf die Mitwirkung anderer Staaten angewiesen. Die kroatische Seite gab die etwas kryptische Antwort, dass man allen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen wolle, solange diese im Einklang mit EU- und US-Vorschriften stünden, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen der Ukraine.

Orbán empfängt als erster europäischer Staatschef den chilenischen Präsidenten José Kast

Als erster europäischer Staatschef empfing Ministerpräsident Viktor Orbán Anfang Februar 2026 den neu gewählten Präsidenten von Chile, José Antonio Kast, offiziell in Budapest. Bei den Gesprächen zwischen Orbán und Kast standen vor allem gemeinsame politische Prioritäten im Mittelpunkt, insbesondere die Bekämpfung illegaler Migration, ein zentrales Thema sowohl für Ungarn als auch für Chile, und die Unterstützung von familienorientierter Politik, die in beiden Ländern als gesellschaftlicher Schwerpunkt gilt. Orbán betonte, dass Chile, ähnlich wie Ungarn, eine Politik verfolgt, die auf traditionelle Werte ausgerichtet ist. Kast wiederum lobte Ungarn als Vorbild dafür, wie man solche Werte erfolgreich politisch umsetzt, und machte deutlich, dass er Ungarn als zukünftig wichtigen Verbündeten sieht.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein (Junior) Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Vom **2. bis 6. Februar 2026** organisierte das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit eine **Studienreise** nach Berlin für zehn MCC-Studenten. Im Fokus der Reise standen Treffen mit prominenten Vertretern der deutschen Öffentlichkeit, Besuche bei verschiedenen Institutionen und das Kennenlernen des politischen Systems Deutschlands. Den gesamten Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).

Am **11. Februar 2026** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen Vortrag mit dem Titel „**Vom Abendland nach Europa: Das Wirken Otto von Habsburgs zwischen München, Brüssel, Wien, Madrid und Budapest**“. Der Vortrag und die anschließende Podiumsdiskussion wurden von **Dr. Lasse LASSEN** Habilitand am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, gehalten. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Bence KOCSEV**, Mitarbeiter der Otto von Habsburg Stiftung. Den gesamten Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Am **24. Februar 2026** fand am MCC-Bildungszentrum in Pécs ein Vortrag von **Dr. Lasse LASSEN**, Junior Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit und Habilitand am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, statt. Das Hauptthema seines Vortrags war die Geschichte der Ungarn und Kubaner, die vor dem Kommunismus in die USA geflohen waren. Die anschließende Podiumsdiskussion wurde von **Tristan CSAPLÁR**, Forschungskordinator des Deutsch-Ungarischen Instituts, moderiert. Den Veranstaltungsbericht finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **25. Februar 2026** fand im MCC Budapest die Veranstaltung „**Mensch und KI**“ statt. Der Vortrag und die anschließende Podiumsdiskussion wurden von **Mag. Gernot BLÜMEL**,

ehem. Finanzminister Österreichs, CEO Mare TechnoPark, Philosoph, gehalten. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Dr. Lasse LASSEN**, Habilitand am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit. Begrüßende Worte sprach der Institutsleiter **Bence BAUER**. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie auf der Webseite des Instituts unter dem folgenden [Link](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **8. März** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen Wahlabend anlässlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Beim Wahlabend verfolgen wir die Hochrechnungen, Exit-Polls, das Ergebnis-Warten in Stuttgart und die wichtigsten Statements – mit unseren Experten **Dr. Ágoston MRÁZ**, Direktor des Nézópont Instituts, **Zoltán Kiszelly**, Direktor für politische Analyse bei Századvég Wissenszentrum und dem Direktor unserer Instituts **Bence Bauer LL.M.** Den Link zur Registration finden Sie [hier](#). Die Registrierung ist bis zum 6. März 2026 möglich.

Am **25. März** veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit eine Veranstaltung mit **Dr. Florian R. SIMON**, Geschäftsführer von Duncker & Humblot, im Scruton Café mit dem Titel „**Vom Manuskript zum Diskurs: Wie wissenschaftliche Buchverlage das öffentliche Denken prägen**“. Den Link zur Registration finden Sie [hier](#). Die Registrierung ist bis zum 23. März 2026 möglich.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im Februar Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. In seinem Artikel „**Was ist los in Berlin?**“ vom **6. Februar** schildert Bauer die Erlebnisse auf seiner Heimreise aus dem verschneiten Berlin und das Chaos am Berliner Flughafen. Den Artikel können Sie [hier](#) lesen. In seinem zweiten Artikel „**Einheit ohne Vielfalt?**“ vom **13. Februar** beschreibt Bauer, wie die Länder Mittel- und Osteuropas nach 1989 ihre nationale Souveränität zurückgewannen, den Weg in EU und NATO gingen und dabei ein starkes Bekenntnis zu Nation und Tradition mit europäischer Zusammenarbeit verbanden. Unter diesem [Link](#) können Sie weiterlesen. In seinem dritten Artikel mit dem Titel „**Bildung in Ungarn**“, der am **20. Februar** erschien, stellt Bauer Überlegungen an, wie wir junge Menschen ausbilden sollen. Den Artikel finden Sie [hier](#). In seinem jüngsten Beitrag „**Der Herausforderer**“ vom **27. Februar** analysiert Bauer die Chancen und die Person des Oppositionsführer Péter Magyar. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Auch in „Die Weltwoche“ erschien am **27. Februar** ein Artikel von Bence Bauer mit dem Titel „**Parteiwechsel, Partys, Drogen: Wer ist Péter Magyar, der Viktor Orbán in Ungarn als Regierungschef ablösen will?**“. In diesem beschreibt er den dubiosen Werdegang des Oppositionsführers. Hier können Sie darüber lesen.

In einem Interview in der Budapester Zeitung mit dem Titel „**Informationen vermitteln und Missverständnisse aufklären**“ vom **14. Februar** beschreibt Bauer anlässlich des 5-jährigen Jubiläums des Deutsch-Ungarische Instituts für Europäische Zusammenarbeit den zurückgelegten Weg und die weiteren Perspektiven des Instituts. Das Interview finden Sie unter diesem [Link](#).

In seinem Artikel im Hungarian Conservative mit dem Titel „**Hungary and Germany: Perceptions and Realities**“ vom **15. Februar** erklärt Bauer, dass das Deutschland, an das die Ungarn noch glauben – oder zu glauben versuchen –, seine Stärke lange Zeit aus dem „Wirtschaftswunder“ bezog, das frühere, hart arbeitende Generationen geschaffen hatten. Der aus dieser Leistung resultierende Wohlstand hält zwar weiterhin an, hat sich jedoch in seiner Natur verändert. Den englischsprachigen Artikel finden Sie [hier](#).

Im Abendjournal des Kontrafunk Radios vom **17. Februar** wirft Bauer einen Blick auf den Besuch von US-Außenminister Marco Rubio in Ungarn. Die Sendung können Sie sich [hier](#) anhören.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu